

Haushaltsrede Dezember 2024

**Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren in der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren von den Medien,
liebe Regensburgerinnen und Regensburger,**

da das erste Halbjahr ging mit dem Paukenschlag der Auflösung der Koalition zu Ende ging, ein paar Worte hierzu: Es wird wahrscheinlich für die Verwaltung und auch für die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in geringerem Umfang auch für die anderen Fraktionen mit Mehrarbeit verbunden sein, aber für die Stadtpolitik war es ein Befreiungsschlag. Es zeigt sich, dass Diskussionen bei strittigen Themen ergebnisoffen geführt werden können, was vorher nicht der Fall war, und dass dann am Ende auch ein tragfähiger Kompromiss entstehen kann, wie z. B. bei der Mobilitätsdrehscheibe am Unteren Wöhrd. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es war aus meiner Sicht ein großes Versäumnis, diese Koalition nicht schon eher beendet zu haben.

Wenn dann aus den Reihen der CSU der Vorwurf kommt, es ginge nichts mehr vorwärts, weil z. B. kein Geld für die Sallerner Regenbrücke eingestellt ist, dann lässt sich dem nur entgegen: Es mag sein, dass CSU-Lieblingsprojekte nicht ganz vorne oder gar nicht im Investitionsprogramm stehen, aber ein Blick auf die Ausgaben im Schulbereich belehrt einen eines Besseren. Mit 172 Mio im IP ist es der größte Posten. Darunter fallen z. B. das Schulzentrum Sallerner Berg mit 65 Mio. (Gesamtkosten 105 Mio.) und der Ersatzneubau des Werner-von Siemens-Gymnasium mit 64 Mio. (Gesamtkosten 80 Mio.).

Angesichts der immer schwierigeren wirtschaftlichen Lage in Deutschland läuft es bis jetzt in Regensburg noch erstaunlich gut: Regensburg ist nach München auf Platz zwei der finanzstärksten Großstädte Bayerns, bei der Steuerkraft liegt es auf Platz 3. Dass Regensburg im Vergleich mit anderen Städten wirtschaftlich noch so gut dasteht, ist natürlich ein Verdienst, an dem die Politik und unser Finanzreferent in relevanter Weise Anteil haben.

Ende des Jahres werden knapp 230 Mio. an Gewerbesteuern eingegangen sein, die Einkommenssteuer legte gegenüber dem Vorjahr um ca. 4 Mio. auf 123 Mio. zu. Die noch hohen Gewerbesteuern sind allerdings auch dem Effekt einmalig größerer Nachzahlungen einzelner Unternehmen in 2024 zu verdanken.

Die deutlich reduzierten Vorauszahlungen von bedeutenden Gewerbesteuerzahlern ab 2025 sowie zu erwartende Auswirkungen infolge erwartbarer Steuerrechtsänderungen (u.a. Steuerfortentwicklungsgesetz) wird 2025 gegenüber dem laufenden Jahr zu einem Rückgang bei den Gewerbesteuern führen. Gleichzeitig würde die Verschuldung von derzeit 111 Mio. auf 655 Mio. € – mit Risiko- und Indexkosten 710 Mio. € - steigen, würden wir alles umsetzen, was im Investitionsprogramm (IP) steht. Allerdings beträgt der jährliche Mittelabfluss nur ca. 125 Mio. Das ist im Grunde das, was wir an Haushaltsresten aus dem vergangenen Jahr vor uns herschieben.

Was zunächst positiv aussieht, ist es nur auf den ersten Blick: Voraussichtlich wird die Verschuldung 2028 nur knapp halb so hoch liegen, nämlich bei 350 Mio. Dafür werden viele notwendige Maßnahmen nicht umgesetzt, sei es wegen personeller Engpässe, vielleicht anhängiger Klagen oder weil das Geld fehlt, auch aufgrund von Kostensteigerungen.

So kommt man bei der Sanierung kaputter Straßen nicht hinterher – wer viel mit dem Fahrrad unterwegs ist, kann ein Lied davon singen - und der wirklich dringliche Sanierungsstau wie z. B. bei Schulen bleibt bestehen - z. B. die Albert-Schweitzer-Realschule, die wieder nicht generalsaniert wird -, während in den nächsten Jahren neuer Sanierungsbedarf hinzukommen wird. Auch andere Dinge wie die von fast allen Stadträtinnen und Stadträten propagierte Verkehrswende und Maßnahmen zum Klimaschutz gehen zu langsam vorwärts. Zum Stillstand beim Verkehr nachher mehr.

Wenn wir immer mehr Projekte wie dringend notwendige Schulsanierungen in die Zukunft verschieben, dann schränken wir zukünftigen Generationen ebenso den Handlungsspielraum ein, wie wenn wir einen Schuldenberg in einer Höhe hinterlassen, der uns aufgrund der anfallenden Zinszahlungen die Luft zum Atmen nimmt.

Auch wenn die Wirtschaft in Regensburg augenblicklich noch gut dasteht, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass in einer, gemessen an den üblichen Kennzahlen, reichen Stadt trotzdem die Armut weiter steigt. Laut der Prognos-Studie von November 2023 belegt Regensburg mit einer Rentenkaufkraft von 862 Euro den vorletzten Platz unter allen deutschen Städten und Landkreisen.¹

Vor Kurzem referierte der Armutsforscher Prof. Christoph Butterwegge an der OTH zu Armut und Reichtum in Deutschland. Zu Beginn sprach Professorin Ina Schildbach, die die Neuauflage des 2012 veröffentlichten Regensburger Armutsberichts betreut, über die Situation in Regensburg. Jeder Achte arbeitet im Niedriglohnsektor, was spätestens im Alter nicht nur zu finanziellen Problemen, sondern zu sozialer Ausgrenzung führt. Aber auch schon vorher im Erwerbsleben bedeutet es für viele Menschen im Niedriglohnsektor, dass sie sich überlegen müssen, ob sie sich z. B. noch einen Kaffeebesuch noch leisten können, wenn sie gerade für eine neue Waschmaschine Geld zurücklegen müssen.

Sich mit der Thematik bzw. dem Problem des Niedriglohnsektors zu beschäftigen ist dringend notwendig, allerspätestens dann, wenn der aktualisierte Armutsbericht erscheint.

Ich halte es für prinzipiell für richtig, dass Ausgaben für das Personal untersucht werden bzw. geschaut wird, wie Verwaltung effizient gestaltet werden kann.

Ob das unbedingt der kommunale Prüfungsverband machen muss oder eher verwaltungsintern die Dinge untersucht werden, vermag ich nicht abschließend zu beurteilen. Aber das Wissen der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ist auf jeden Fall miteinzubeziehen, denn diese wissen auch am ehesten, wo es hakt und wo Reibungsverluste gibt. Dass es in großen

¹ <https://www.mittelbayerische.de/lokales/stadt-regensburg/rentenkaufkraft-regensburgs-senioren-sind-fast-die-aermsten-in-deutschland-15185618>

öffentlichen Verwaltungen als auch in Firmen, insbesondere größeren zu Ineffizienz kommen kann, ist nichts Neues.

Zurecht haben auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, immer wieder darauf hingewiesen, dass die gemessen an anderen Städten höheren Personalausgaben in Regensburg nur eingeschränkt aussagekräftig sind, da nicht alle Städte die gleichen Aufgaben haben. Und es darf auch auf keinen Fall darauf hinauslaufen, dass das Personal der Verwaltung überbelastet wird.

Nebenbei: Im Vergleich mit anderen Ländern hat Deutschland einen schlanken Staat: Hier sind gerade einmal 11,1 Prozent der berufstätigen Bevölkerung im Staatsdienst beschäftigt. Die Bundesrepublik liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder von 18,6 Prozent.

Wenn heute das Geld an vielen Stellen fehlt, dann sei nochmals daran erinnert, dass in der Vergangenheit das Bewusstsein fehlte, den bereits existierenden Investitionsstau z. B. bei Schulen, in denen es schimmelt oder in die es auch mal hinein regnet, abzuarbeiten. Statt dessen lieber das eine oder andere Prestigeobjekt (z. B. Fußballstadion 80 Mio., Museum der Bayerischen Geschichte 24 Mio.). Seien wir froh und dankbar, dass die Menschen in dieser Stadt 2018 ein Kultur- und Kongresszentrum durch einen Bürgerentscheid abgewendet haben, dessen Kosten damals zwischen 100 und 200 Millionen geschätzt wurden. Damit haben wir einen Klotz weniger am Bein.

Sehr geehrter Herr Prof. Barfuß, Sie sprachen letztes Jahr davon, dass wir als Stadtrat auch mehr Mut zur Zumutung haben sollten. Wenn es um solche Dinge wie das Bürgerbüro Nord geht, das man erst geschlossen und dann an anderer Stelle für eine höhere Miete wieder eröffnet hat, da könnte man sehr wohl Abstriche machen. Es wäre zumutbar, auf dieses Bürgerbüro zu verzichten und ggf. im Bürgerbüro Mitte eine längere Wartezeit in Anspruch zu nehmen. Da gebe ich Herrn Wolbergs bzw. der Brücke-Fraktion Recht. Und sicherlich lassen sich noch mehr solcher Beispiele finden.

So wichtig solche Entscheidungen auch sind wie eine mögliche Reduzierung der Personalkosten als auch Streichungen von Maßnahmen, die für die Menschen in der Stadt unangenehme, aber noch vertretbare Zumutungen darstellen, sowie auch der Verzicht auf viele Fremdvergaben - angesichts der gravierenden Unterfinanzierung der Kommunen in Bayern und deutschlandweit wird das auch nicht ansatzweise ausreichen.

Und ich sehe es nicht als Aufgabe des Stadtrats an, hier den Mangel zu verwalten, solange es Alternativen gibt.

Die finanzielle Situation der Kommunen muss dringend von Bund und Freistaat verbessert werden. Wer hier in diesem Gremium in all den Sitzungen die Nichtumsetzung bestimmter Maßnahmen oder Projekte beklagt, weil das Geld fehlt, der sollte sich auch bewusst machen, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen hier im Stadtrat in Parteien organisiert sind, die auch im Land und auf Bundesebene vertreten sind. Auf Parteiversammlungen und Parteitagungen gibt es die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen

Da wäre zum einen die unselige Schuldenbremse, die wichtige Zukunftsinvestitionen wie z. B. in den öffentlichen Nahverkehr wie die Bahn insgesamt verhindert. Zahllose Verspätungen als auch Ausfall von Zügen - was war das für ein peinliches Spektakel bei der Fußball-EM in diesem Jahr,

als Gäste aus vielen Ländern mal eine eindrückliche Vorstellung davon bekamen, in welchem erbärmlichen Zustand sich die Deutsche Bahn befindet.

Hinzu kommt, dass es keine angemessene Besteuerung z. B. transnationaler Konzerne gibt, was das Steueraufkommen deutlich mindert.

Der letzte Punkt zur Bundespolitik: Der Verteidigungshaushalt soll zusammen mit den rund 22 Mrd. des Sondervermögens auf 75 Mrd. steigen, das macht etwa 15 % des Bundeshaushalts aus.² Dabei sollen die Ausgaben auch die nächsten Jahre weiter kräftig steigen. Es muss jedem klar sein, dass wir hier vor Ort, ganz unten in der Finanzhierarchie, umso weniger Geld haben werden, je mehr für Rüstung ausgegeben wird. Von den CO₂-Emissionen der Rüstungsindustrie, die einen beträchtlichen Faktor darstellen, will ich gar nicht reden. Das wäre vielleicht mal der richtige Zeitpunkt, wieder über Abrüstungsverhandlungen nachzudenken.

Auch die Deindustrialisierung wird uns vermutlich hier in Regensburg und der Region schwer zu schaffen machen. Auch wenn es einigen Unternehmen wie der Maschinenfabrik Reinhausen noch gut geht, wollen andere Firmen wie Osram und Infineon zum Teil erheblich Stellen abbauen. Die Kaufkraft schwächelt und eine Politik, die auf zu teure Energie setzt, treibt viele Firmen ins Ausland. Laut Industrie- und Handelskammer wird in jedem vierten Unternehmen der Region die Mitarbeiterzahl in den nächsten zwölf Monaten abnehmen, nicht nur wegen Fachkräftemangels, sondern auch wegen Personalabbau.

Noch einige Anmerkungen zum Wohnen und zum Verkehr.

Am 9. Juni wurde in einem Bürgerentscheid vergleichsweise knapp die weitere Planung einer Stadtbahn abgelehnt. Was gibt es als Alternative: Nichts, was auch nur annähernd einer Stadtbahn das Wasser reichen könnte. Diese wäre ein riesiger Qualitätssprung beim ÖPNV, u. a. durch die im Vergleich zu Bussen viele größeren Kapazitäten und hohen Fahrgastzahlensteigerungen, die regelmäßig in allen Städten über die durch die Standardisierte Bewertung errechnete Veränderung beim Modal Split hinausgehen. Hinzu kommen andere sehr positive Effekte, wie die Aufwertung des Stadtraums.

Da habt ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ganze Arbeit geleistet, viel dagegen gewettert und falsche Argumente regelmäßig stehen gelassen – z. B. was den angeblichen Elektromog betrifft oder dass Radler regelmäßig in den Gleisen hängenbleiben, obwohl entlang des gesamten Netzes die Stadtbahn und die Radler sich an keiner Stelle denselben Verkehrsraum teilen, sondern räumlich getrennt sind. Oder es wurden falsche Argumente in die Welt gesetzt, wie das angebliche Versäumnis der Stadt, dass das Platooning im Busverkehr (automatisiertes Fahren von Bussen in Kolonne), das jedenfalls schon bei LKWs nicht weiter verfolgt wird – nicht in eine Verkehrsplanung miteinbezogen wurde. Was nicht möglich ist, solange es das Bus-Platooning nur nur Testphasen gibt.

Ihr habt ein großes Gespür dafür, wo man das Fähnchen in den Wind hängen muss.

Es war allerdings auch ein kolossaler Fehler, den Bürgerentscheid so früh abzuhalten, zumal erst relativ kurz vorher die Ergebnisse zur langfristigen Wirtschaftlichkeit der Stadtbahn vorlagen. Da

² https://www.imi-online.de/download/Ausdruck_118_14_Wagner.pdf, S. 2

fehlte die Zeit, dies entsprechend zu kommunizieren. Und auch bezüglich der Planung war noch nicht alles so weit gediehen.

Hier zeigt sich wieder einmal das in der Politik auf Kurzfristigkeit und auf den nächsten Wahlerfolg ausgelegte Denken: Obwohl eine Stadtbahn in Regensburg auf Dauer, nämlich nach 30 Jahren, weniger Kosten verursacht als ein ÖPNV, der ausschließlich durch Busse abgebildet wird, wird dem auf Dauer teureren Transportmittel der Vorzug gegeben.

Positiv ist beim IP anzumerken, dass erst einmal keine Gelder für die Sallerner Regenbrücke eingestellt wurden und auf den teuren Umbau der DEZ-Kreuzung verzichtet wird.

Wohnen

Es fehlt nach wie vor bezahlbarer Wohnraum in Regensburg. Vielmehr als die Kommunalpolitik müsste auch hier der Bund liefern. Zwar wurde heuer ein neues Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz eingeführt – das alte wurde unter Helmut Kohl 1989 abgeschafft – es stellt allerdings nur eine „Mini-Gemeinnützigkeit“ dar, wie der Präsident des Deutschen Mieterbundes kritisiert. So bleibt im Großen und Ganzen alles beim Alten, hohe Mieten werden durch einkommensorientierte Förderung und Wohngeld subventioniert, die ansonsten in der Höhe gar nicht am Markt verlangt werden könnten.

Hinzu kommt natürlich auch die teure Energie, die das Bauen stark verteuert.

Sehr positiv ist beim IP anzumerken, dass erst einmal keine Gelder für die Sallerner Regenbrücke eingestellt wurden sowie der Verzicht auf den teuren Umbau der DEZ-Kreuzung.

Daneben gibt es auch etliche Projekte, die absolut zustimmungswürdig sind:

- z. B. das geplante Chancenhaus für obdachlose Familien in Kumpfmühl,
- auch wenn es wenig prestigeträchtig ist: Investitionen von 41,8 Millionen ins Klärwerk in Barbing,
- Radwege, auch wenn ich mir da mehr wünschen würde,
- wie schon erwähnt der Schulbereich mit 172 Mio.,
- die Verkehrsberuhigung im Obermünsterviertel,
- das Erneuerbare Energie-Konzept auf dem Areal der ehemaligen Prinz Leopold-Kaserne, um nur einige zu nennen.

Auch wenn die Umsetzung der Umwelt- und Klimaziele zu langsam vorangeht, werde ich dem IP zustimmen, was ich auch als eine Art Vertrauensvorschuss ansehe.

Eine Sache, die mir richtig Sorge macht: Es ist der militärische Geist, der um sich greift und die steigende Kriegsgefahr ausblendet. Bundeswehr verstärkt an Schulen, an Unis, auch an Regensburger Bushaltestellen war schon Werbung zu sehen. Es ist die Erziehung unserer Gesellschaft zu Kriegstüchtigkeit, die Hand in Hand mit einem sicherheitspolitischen Denken geht, das vor allem in einem gigantischen Aufrüstungsprogramm das Heil für zukünftige Sicherheit in Deutschland und Europa sieht. Wie schnell werden all die Dinge, die wir für den Haushalt hier besprochen haben, irrelevant, wenn wir in den Krieg, der in der Ukraine tobt, hineingezogen werden.

Worüber kaum geredet wird: Was aktive Friedenspolitik und Diplomatie eigentlich eigentlich bedeuten. Ich meine, es ist auch ein Versäumnis der Friedens- wie der gesamten Bildungspolitik in diesem Lande und zwar seit Jahrzehnten.

Weihnachten ist es ja das Friedensfest: Darf ich mir erlauben, Ihnen noch ein paar Lektüreempfehlungen zu geben? Ich tu's einfach:

John f. Kennedys „Strategy of Peace“, Egon Bahrs „Wandel durch Annäherung“, die UN-Charta oder einschlägigen Dokumente der OSZE zur Friedenssicherung.

Zum Schluss danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für ihre engagierte Arbeit und den Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat für die meist gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.